

Die Wut wächst...

Zur politischen Stimmung an den Universitäten nach der Debatte um das Hochschulrahmengesetz

von Michael Sommer, Freiburg im Breisgau

1. Vorbemerkung

Die von der Bundesregierung beschlossene Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) hat an den deutschen Hochschulen einen Sturm der Entrüstung entfacht. Auf Podiumsdiskussionen und Senatssitzungen, in Internet-Diskussionsforen und den Feuilletons der großen Tagungszeitungen – allenthalben artikuliert sich der Unmut von Universitätsangehörigen, in seltener Eintracht über alle Alters- und Fächergrenzen hinweg.

Zugleich war die Bundesregierung um Schadensbegrenzung bemüht. In Zeitungsanzeigen und Broschüren wandte sich die zuständige Ministerin an die akademische Öffentlichkeit, bestrebt, Vorbehalte und Skepsis zu zerstreuen. Gleichwohl fürchten gerade Angehörige des wissenschaftlichen Nachwuchses um ihre Stellen, sehen sich Projektmitarbeiter und befristet Beschäftigte vor der Abschiebung in die Arbeitslosigkeit.

In die Schlagzeilen geriet ungefähr gleichzeitig das deutsche Bildungssystem durch das schlechte Abschneiden bei der PISA-Studie. In beiden Debatten schlägt sich die Misere der Bildungs- und Forschungslandschaft nieder: Anlaß für die vorliegende, über das geisteswissenschaftliche, vorwiegend von den historischen Disziplinen genutzte Netzwerk „H-Soz-u-Kult“ und die Zeitschrift „Forschung und Lehre“ verbreitete Umfrage.¹

.....
¹ Der Fragebogen war über den Server von „H-Soz-u-Kult“ abrufbar und konnte von März bis Mai 2002 per Post oder e-Mail eingesandt werden. Gesamtzahl der ausgewerteten Fragebögen: 211. Abweichungen von 100% sind rundungsbedingt oder auf fehlende Angaben zurückzuführen. 0% = mehr als Null; - = nichts vorhanden.

2. Allgemeine Daten

An der Umfrage nahmen insgesamt 211 Personen teil. Die Umfrage kann daher als bedingt repräsentativ gelten. Zwar erforderte das Verfahren ein gewisses Eigenengagement der Befragten (mit möglicherweise ergebnisverzerrender Wirkung), doch wurde durch die Verbreitung über zwei Medien mit großer Reichweite im akademischen und geisteswissenschaftlichen Milieu ein breites Publikum angesprochen. Allerdings war der Zugang zum Internet Teilnahmevoraussetzung. Die Repräsentativität einschränkenden Faktoren wirkten sich im Ergebnis der Studie folgendermaßen aus: Entsprechend der Struktur der Internetnutzergruppe² waren Männer und jüngere bis mittlere Altersgruppen gegenüber den übrigen Altersgruppen überrepräsentiert (Tab. 1).

Tab. 1. Alter und Geschlecht

Frauen	41%
Männer	59%
Unter 25 Jahre	2%
25 bis unter 35 Jahre	43%
35 bis unter 45 Jahre	39%
45 bis unter 55 Jahre	10%
55 bis unter 65 Jahre	5%
65 Jahre und mehr	0%

Erwartungsgemäß beteiligten sich vor allem Personen an der Umfrage, die ihrem Status nach in Arbeitsverhältnissen mit ungesicherter Perspektive leben (Tab. 2), vor allem Wissenschaftliche Angestellte mit befristeten Verträgen.

.....
² Vgl. Forschungsgruppe Wahlen: Newsletter 05/2002 (Internet-Strukturdaten 1. Qrt. 2002).

Wiss. Angestellte (befristet)	39%
Wiss. Assistenten	15%
Doktoranden	15%
Professoren	9%
Hochschuldozenten	5%
Wiss. Angestellte (unbefristet)	4%
Studierende	4%
Lehrbeauftragte	2%
Andere	7%

Geographische Schwerpunkte liegen in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Berlin; allein das Saarland ist mit keiner Rückmeldung vertreten (Tab. 3).

Nordrhein-Westfalen	20%
Baden-Württemberg	16%
Berlin	15%
Bayern	9%
Niedersachsen	8%
Hamburg	5%
Hessen	5%
Mecklenburg-Vorpommern	4%
Brandenburg	4%
Sachsen	4%
Schleswig-Holstein	2%
Rheinland-Pfalz	2%
Sachsen-Anhalt	1%
Bremen	1%
Thüringen	0%
Saarland	-
Ausland: EU	4%
Ausland: nicht-EU	0%

Schließlich sind, wegen der primären Verbreitung der Umfrage über ein vorwiegend von Historikerinnen und Historikern genutztes Netzwerk zu ebenfalls nicht überraschend, die historischen Fächer, allen voran die Neuere und Neueste Geschichte, am stärksten vertreten (Tab. 4). Auch angrenzende Geisteswissenschaften sind vergleichsweise stark repräsentiert.

Neuere und neueste Geschichte	40%
Andere Geisteswissenschaften	9%
Mittlere Geschichte	7%
Naturwissenschaften	5%
Politikwissenschaft	5%
Andere Fächer	4%
Soziologie	4%
Wirtschaftswissenschaft	4%
Alte Geschichte	3%
Germanistik	3%
Anthropologie/Ethnologie	2%
Historische Hilfswissenschaften	2%
Medizin	2%
Ur- und Frühgeschichte	2%
Orientalistik	2%
Erziehungswissenschaft	1%
Klassische Philologie	1%
Philosophie	1%
Anglistik	0%
Klassische Archäologie	0%
Romanistik	0%

3. Politisches Stimmungsbild

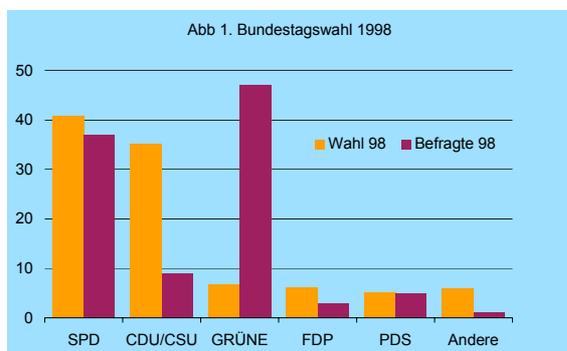
Die geisteswissenschaftlichen Institute deutscher Hochschulen und Universitäten gelten im allgemeinen nicht als Hochburgen des politischen Konservatismus. Mit anderen Worten: Lehrende und Studierende neigen seit dem „Paradigmenwechsel“, der sich mit der Jahreszahl 1968 verbindet, eher der linken Seite des politischen Spektrums zu. Die Annahme bestätigt sich auch in der Umfrage: Die Befragten stufen sich im Links-Rechts-Spektrum vorwiegend links der Mitte ein (Tab. 5), allerdings mit nachlassender Intensität, je etablierter sie ihrem Status nach sind: Bezeichnen sich jeweils 80% der Doktoranden und Lehrbeauftragten, 78% der Wissenschaftlichen Assistenten, 72% der befristet beschäftigten Wissenschaftlichen Angestellten und noch 70% der Hochschuldozenten als „links“ bzw. „eher links“, so sind es bei den Professoren nur mehr 48%. Aus dem Rahmen fallen in je gegensätzlicher Richtung nur die relativ kleinen Gruppen der

Studierenden mit 65% sowie der Wissenschaftlichen Angestellten mit unbefristeten Verträgen (78%).

Tab. 5. Selbsteinstufung

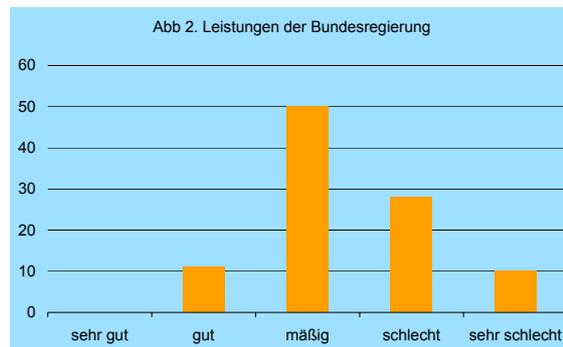
Links	20%
Eher links	52%
Mitte	19%
Eher rechts	6%
Rechts	2%

Auf Ihre Wahlentscheidung 1998 in der Rückerinnerung befragt, gaben dementsprechend unverhältnismäßig viele Befragte an, sich für eine der jetzigen Regierungsparteien entschieden zu haben (zusammen 84%). Vergleicht man die Parteipräferenzen im untersuchten akademischen Milieu mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 1998 insgesamt, so fällt das eklatant schwächere Abschneiden der bürgerlichen Parteien auf, gegenüber einem nachgerade fulminanten Erfolg der Grünen (Abb. 1).

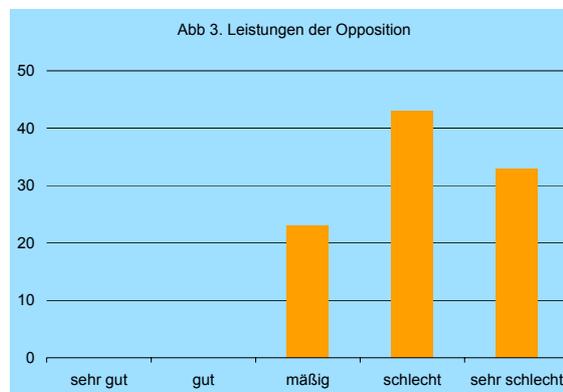


Die Befragten setzten erkennbar ihre Hoffnungen in eine rot-grüne Bundesregierung und statteten sie mit erheblichen Vorschußlorbeeren aus. Ihre Erwartungen wurden weitgehend enttäuscht. Die grundsätzliche Unzufriedenheit der Befragten spricht aus ihrer skeptischen Beurteilung der allgemeinen Leistungen der Bundesregierung nach knapp vier Jahren (Abb. 2), gerade auch in den eigenen Reihen: Bezogen auf die Wahlentscheidung 1998 beurteilten nicht nur 88% der Unionsanhänger, 56% der PDS-Wähler und 50% der FDP-Wähler die Arbeit der Bundesregierung „schlecht“ oder sogar „sehr schlecht“, sondern auch weite Teile der Anhängerschaft des Regie-

runglagers (30% der Grün- bzw. 26% der SPD-Wähler).

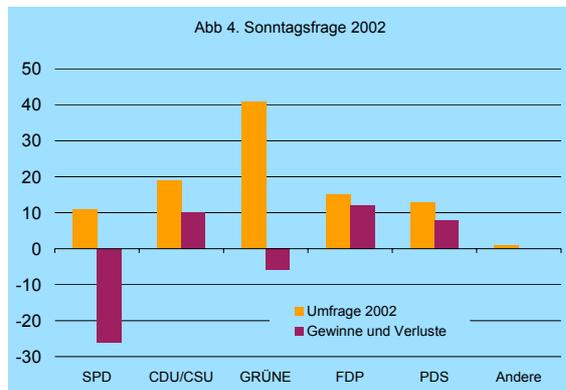


Das insgesamt ungünstige Meinungsbild über die Arbeit der Bundesregierung ist freilich noch kein Blankoscheck für die Opposition. Ihr Image zeichnet die Umfrage in noch weitaus düsteren Farben. Mehr als drei Viertel (76%) der Befragten stellen ihrer Arbeit ein schlechtes oder sogar sehr schlechtes Zeugnis aus, während sich praktisch niemand zu einem positiven Urteil veranlaßt sieht, auch nicht in den eigenen Reihen (Abb. 3).



Dennoch hat sich, stellt man die sogenannte Sonntagsfrage, die parteipolitische Präferenz der Befragten gegenüber 1998 einschneidend verändert. Besonders nachhaltig verschlechterte sich die Stimmung für die Sozialdemokraten: Sie rutschten von 37 auf nunmehr noch 11% und landeten damit hinter den Grünen (41%), der Union (19%), der FDP (15%) und der PDS (13%) auf einem abgeschlagenen fünften Platz. Günstig ist die Stimmung nach wie vor für den kleineren Koalitionspartner, wenn auch die Grünen satte Einbußen zu verzeichnen haben (-8%-Punkte). Deutlich

zulegen können demgegenüber alle Oppositionsparteien, von der FDP (+12%-Punkte) über CDU/CSU (+10%-Punkte) bis hin zur PDS (+8%-Punkte). Die Unterstützung für die Regierungsparteien ist damit deutlich auf nur mehr 52% zurückgegangen (Abb. 4).



Betrachtet man das Ergebnis nach Statusgruppen (Abb. 5), so fällt auf, daß die SPD bei Doktoranden (21%) und Professoren (19%) deutlich besser abschneidet als in der Gesamtheit.

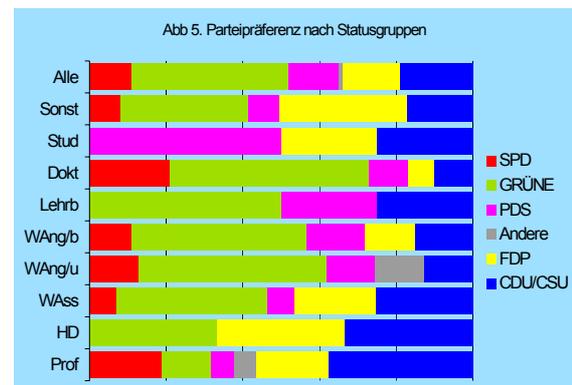
Eine überdurchschnittliche Präferenz bei den Professoren (38%) ist auch für die CDU/CSU zu konstatieren. Dasselbe gilt in etwas geringerem Umfang für die Gruppe der Hochschuldozenten (33%). Einen besonders schweren Stand haben die Unionsparteien dagegen bei den Doktoranden (10%) sowie bei den unbefristet (13%) und befristet (15%) tätigen Wissenschaftlichen Angestellten.

Die Grünen dominieren deutlich, mit teilweise absoluter Mehrheit, bei den weniger etablierten Statusgruppen: den Doktoranden (52%), Lehrbeauftragten (50%), und Wissenschaftlichen Angestellten in unbefristetem (50%) bzw. befristetem (45%) Arbeitsverhältnis. Nur 13% der befragten Professoren geben indes die Öko-Partei als erste Wahl an.

Die höchste Präferenz für die FDP brachten mit je einem Drittel die Hochschuldozenten und Sonstigen zum Ausdruck; es folgen die Professoren (19%).

Die PDS erfreut sich besonders hoher Unterstützung durch die Studierenden (50%); sie genießt dagegen keinen bzw. vergleichsweise wenig Rückhalt unter Hoch-

schuldozenten (-), Professoren (6%) und Wissenschaftlichen Assistenten (8%).



Markante Unterschiede ergeben sich, wenn man die Parteipräferenzen der Befragten nach Geschlecht analysiert (Tab. 6): Während die Anhänger der Sozialdemokraten auf beide Geschlechter etwa gleichmäßig verteilt sind, überwiegen in der Anhängerschaft ihres kleinen Regierungspartners massiv die Frauen. Bei den anderen Parteien sind indes die Männer durchweg signifikant überrepräsentiert. Bezeichnenderweise folgt damit das in der Umfrage untersuchte akademische Milieu Trends, die auch in der Gesamtwählerschaft zu diagnostizieren sind – freilich dort mit ungleich schwächerer Intensität.

Tab. 6. Parteipräferenz nach Geschlecht

Partei	Frauen	Männer
SPD	12%	11%
CDU/CSU	12%	25%
GRÜNE	55%	30%
FDP	12%	17%
PDS	9%	16%

Im Ost-West-Vergleich gewinnen die Grünen als West-, die PDS kaum überraschend als Ost-Partei Profil, wenngleich weniger ausgeprägt, als es gewöhnlich bei Bundestagswahlen der Fall ist (Tab. 7). Auch die CDU kann unter Befragten mit Wohnsitz in den neuen Bundesländern besser punkten als im Westen, während FDP und SPD keinen regionalen Schwerpunkt haben. Im Osten ist die CDU vor Grünen und PDS sogar stärkste politische Kraft.

Partei	Ost	West
SPD	12%	11%
CDU/CSU	27%	19%
GRÜNE	23%	42%
FDP	15%	15%
PDS	23%	11%

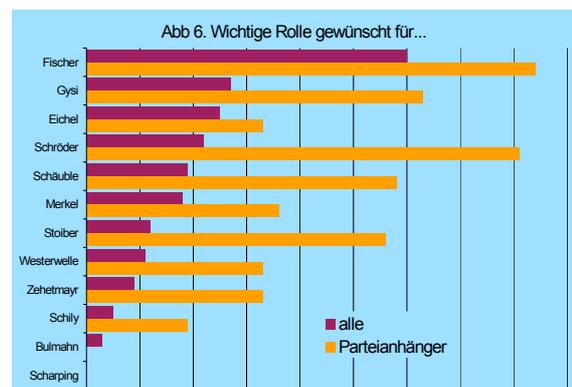
Angesichts des massiven Vertrauensverlusts der Regierungsparteien seit 1998 ist von besonderem Interesse die Frage, welchen Parteien sich die Enttäuschten zugewandt haben. Von den Befragten, die angeben, 1998 SPD gewählt zu haben, äußert nur ein gutes Viertel die Absicht, dies 2002 wieder tun zu wollen (Tab. 8). Fast ebenso viele geben an, das Kreuz bei den Grünen machen zu wollen, und jeweils bemerkenswert viele ehemalige SPD-Anhänger äußern Sympathien für die Union, die PDS und die FDP. Gut ein Zehntel gab an, die Wahlentscheidung noch nicht getroffen zu haben oder den Urnen fernbleiben zu wollen. Zwar blieb eine knappe Mehrheit der SPD-Anhänger von 1998 dem Regierungslager treu, doch nehmen viele Zuflucht zu den Grünen, von denen sie ihre Interessen offensichtlich besser vertreten sehen.

Parteipräferenz 2002	
SPD	27%
CDU/CSU	10%
GRÜNE	25%
FDP	16%
PDS	10%
Sonstige	1%
Unentschlossen/Nichtwahl	11%

Profitierten also offenbar die Grünen von der Enttäuschung im SPD-Lager, so sehen sie sich andererseits mit einem rapiden Ansehensverlust in der eigenen Anhängerschaft konfrontiert. Nur 54% der ehemaligen Grün-Wähler bekunden, ihrer Partei 2002 die Treue halten zu wollen. Jeweils beachtliche Potentiale drohen zu den Oppositionsparteien oder in die Nichtwahl abzuwandern (Tab. 9).

Parteipräferenz 2002	
GRÜNE	54%
SPD	1%
CDU/CSU	11%
FDP	9%
PDS	12%
Sonstige	-
Unentschlossen/Nichtwahl	14%

Vergleichsweise wenig Überzeugungskraft besitzt im Hochschulumilieu das politische Personal. Bei der Frage, wer für eine wichtige Rolle in der Politik qualifiziert sei, konnten unter den zwölf vorgegebenen Politikern beliebig viele ausgewählt werden (Abb. 6). Allein Außenminister Fischer möchte eine Mehrheit (60%) der Befragten in einer wichtigen Position sehen. Auf dem zweiten Platz folgt mit weitem Abstand Gregor Gysi (27%). Noch vor dem Kanzler (22%) liegt Finanzminister Eichel (25%). Die rote Laterne halten mit 0 bzw. 3% Zustimmung die Bundesminister Scharping und Bulmahn. Einzig Edelgard Bulmahn (1%) und der bayerische Forschungsminister Hans Zehetmayr (10%) waren einer geringen Zahl von Befragten nicht bekannt. In den eigenen Reihen erreichten Joschka Fischer (84%), Gerhard Schröder (81%), Gregor Gysi (63%), Wolfgang Schäuble (58%) und Edmund Stoiber (56%) jeweils Zustimmungsquoten von mehr als 50%.



4. Forschungspolitik im Meinungsbild

Daß Forschungspolitik einen hohen Stellenwert für Hochschulangehörige hat und entsprechend ein politisch meinungsbildender Faktor ist, ist selbstverständlich und bedarf keiner Erklärung. Es ist also naheliegend, den dramatischen Niedergang der Regierungsparteien, namentlich der SPD, in der Wertschätzung der Befragten mit der Forschungspolitik und besonders mit der anhaltenden Kontroverse um das HRG in Zusammenhang zu bringen. Einen ersten Hinweis in diese Richtung liefert die äußerst geringe Zustimmungsquote für die für Forschung zuständige Bundesministerin (3% von allen).

Die Anzeichen, daß massiver Unmut über das Agieren der Bundesregierung mit den Politikfeldern Forschung, Bildung und Hochschulen für den Stimmungsumschwung maßgeblich verantwortlich ist, verdichten sich, wenn man nach den aus Sicht der Befragten besonders drängenden Politikfeldern fragt (Tab. 10). Zwei Antworten aus einer vorgegebenen Liste von zwölf Problembereichen waren möglich. Wie auch in der Gesamtbevölkerung ist für eine absolute Mehrheit der Befragten, weitgehend unabhängig von der Parteipräferenz, das Thema Arbeitslosigkeit ein vordringliches Politikfeld (58%). Auf dem zweiten Platz folgt mit verblüffend geringem Abstand, ebenfalls über alle Parteigrenzen hinweg, das Thema Bildung (42%). Hohe Quoten erhielten auch die Themen Wirtschaft (26%), Terror/Frieden (19%) und Hochschulen/HRG (11%). Hier allerdings ergeben sich zwischen den Parteianhängerschaften markante Unterschiede: Während viele Anhänger der Grünen (17%), der PDS (33%) und SPD (43%) das außenpolitisch relevante Thema Terror/Frieden nannten, messen die Sympathisanten der bürgerlichen Parteien häufiger der Wirtschaft (FDP 52%, CDU 28%) und dem engeren Feld Hochschulen (FDP 26%, CDU 25%) Bedeutung zu.

Tab. 10. Wichtige Politikfelder

Arbeitslosigkeit	58%
Bildung	42%

Tab. 10. Wichtige Politikfelder

Wirtschaft	26%
Terror/Frieden	19%
Hochschulen/HRG	11%
Ausländer/Asyl	10%
Umweltschutz	9%
Europa	6%
Kosten/Preise/Löhne	3%
Kriminalität	2%
CDU-Spendenaffäre	-
Sonstige	7%

Zumal das Thema Bildung gilt unter Hochschulangehörigen als Schlüsselthema, während der Politikbereich Hochschulen/HRG hauptsächlich von Anhängern der Oppositionsparteien FDP und CDU ins Spiel gebracht wird. Der recht hohe Stellenwert des Themenkomplexes wirft die Frage auf, wie die Befragten zur Forschungspolitik der rot-grünen Bundesregierung stehen. Das Urteil über ihre Leistungen auf diesem Politikfeld fällt vernichtend aus: Kein Befragter konnte sich darauf verstehen, der Bundesregierung ein „sehr gutes“ Zeugnis auszustellen (-), nur 3% nannten die Forschungspolitik „gut“, 18% hielten sie immerhin noch für „mäßig“, aber 35% für „schlecht“ und, mit 44% die relative Mehrheit, „sehr schlecht“. Angesichts dieser verheerenden Zahlen überrascht nicht, wenn selbst die Anhänger der Regierungsparteien deren Forschungspolitik keine hohe Güte bescheinigen: 71% der Grünen-Anhänger und noch 62% der SPD-Sympathisanten bewerten sie als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ (Tab. 11).

Tab. 11. Forschungspolitik der Bundesregierung

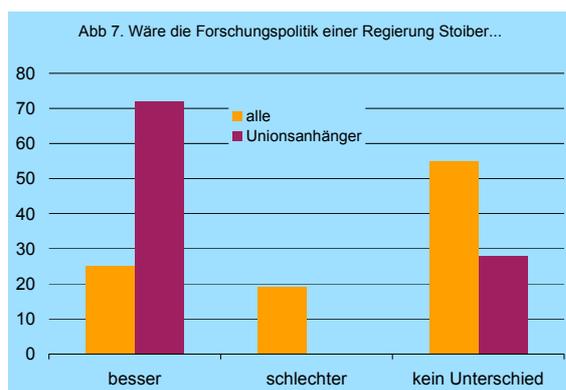
Partei	sehr gut/gut	mäßig	schlecht/sehr schlecht
SPD	10%	29%	62%
CDU/CSU	-	6%	94%
GRÜNE	5%	23%	71%
FDP	-	11%	89%
PDS	-	21%	79%
Alle	3%	18%	79%

Die enttäuschten Hoffnungen, die sich auf die rot-grüne Regierung richteten, schlugen sich auch in den Antworten auf die Frage nieder, ob die Bundesregierung ihr vor Amtsantritt 1998 verkündetes Wahlversprechen, binnen vier Jahren die Ausgaben für Forschung und Lehre zu verdoppeln, eingelöst habe: 69% der Befragten meinen, das Versprechen sei nicht eingelöst worden, 29% glauben an eine immerhin teilweise Einlösung, 2% können oder wollen die Angelegenheit nicht beurteilen. Kein Befragter gab an, die Regierung habe das Wahlversprechen in vollem Umfang erfüllt (Tab. 12).

Tab. 12. Etatverdopplung

Wahlversprechen erfüllt	-
Wahlversprechen teilweise erfüllt	29%
Wahlversprechen nicht erfüllt	69%
Weiß nicht	2%

Die Opposition vermag freilich die Möglichkeiten, die sich ihr aus der schlechten Stimmung und dem für die Regierung ungünstigen Meinungsklima an den Hochschulen und Universitäten böten, nur höchst unvollkommen zu nutzen.



Darauf befragt, ob eine Regierung Stoiber nach einem eventuellen Machtwechsel für sie für eine bessere Forschungspolitik stehe, antwortete nur eine Minderheit (25%) zustimmend, mehr als die Hälfte sieht „keinen Unterschied“ (55%), knapp ein Fünftel (19%) meint sogar, die Forschungspolitik einer unionsgeführten Bundesregierung sei noch schlechter (Abb. 7). Dagegen setzen die Unionsanhänger in

ihrer breiten Mehrheit (72%) auf eine Verbesserung in der Forschungspolitik unter der Regierung ihrer Wahl. Es ist zu vermuten, daß diese Erwartungshaltung zu den wesentlichen Faktoren bei der Verbesserung des Meinungsklimas für die Unionsparteien zählt.

Ein Seitenblick auf Bayern, wo der Kanzlerkandidat der Union seit 1993 mit absoluter Mehrheit regiert, offenbart mehrheitlich Skepsis. Daß sich Bayern forschungspolitisch als Modell für die Bundesrepublik eigne, meinen nur 25% der Befragten. 41% halten eine Übertragung der bayerischen Lösungen auf den Bund für nicht sachdienlich, 34% können oder wollen sich kein Urteil erlauben. Unter den Befragten mit Wohnsitz im Freistaat meinen allerdings 53%, daß sich das Stoiber-Land als Vorbild eigne (Tab. 13).

Tab. 13. Modell Bayern?

	Alle	Nur Bayern
Ja	25%	53%
Nein	41%	26%
Weiß nicht	34%	21%

Die im neuen Hochschulrahmengesetz vorgesehene Abschaffung der Habilitation und ihre faktische Ersetzung durch das Modell Juniorprofessur stößt bei den Befragten auf wenig Gegenliebe. Nur 15% halten die Maßnahme für „sinnvoll“, 79% begegnen ihr mit Skepsis, 7% können oder wollen keine Angabe dazu machen. Unter den Parteianhängern formiert sich Widerstand bei Union (94%) und FDP (89%), aber auch die Anhänger von Grünen (65%), SPD (76%) und PDS (79%) lehnen den Entwurf mehrheitlich ab (Tab. 14).

Tab. 14. Abschaffung Habilitation

Partei	sinnvoll	problematisch
SPD	24%	76%
CDU/CSU	-	94%
GRÜNE	25%	65%
FDP	4%	89%
PDS	17%	79%
Alle	15%	79%

Die ebenfalls im neuen HRG vorgesehene Leistungsbesoldung für Professoren wird weniger skeptisch betrachtet.³ Dennoch äußert sich die knappe Mehrheit der Befragten (45%) ablehnend, fast ebenso viele stimmen zu (43%). Die Zustimmung variiert stark in den Parteienhängerschaften (Tab. 15).

Partei	sinnvoll	problematisch
SPD	48%	52%
CDU/CSU	28%	61%
GRÜNE	49%	44%
FDP	63%	33%
PDS	54%	38%
Alle	43%	45%

Daß die Unions-Länder Baden-Württemberg und Bayern vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das neue Hochschulrahmengesetz klagen werden, stößt bei einer breiten Mehrheit auf Zustimmung (64%), nur 23% lehnen die Klage ab, 13% haben keine Meinung. Am höchsten fällt die Zustimmung unter den CDU-Anhängern aus (100%), es folgen FDP- (89%) und SPD-Sympathisanten (62%). Bei den potentiellen PDS- und Grün-Wählern unterstützen die Klage immerhin noch relative Mehrheiten (46 bzw. 40%).

Hochschuldozenten	90%
Wiss. Angestellte (unbefristet)	89%
Professoren	84%
Sonstige	79%
Wiss. Assistenten	72%
Lehrbeauftragte	60%
Wiss. Angestellte (befristet)	57%
Doktoranden	48%
Studierende	38%

³ Die Frage war unspezifisch gestellt. Sie richtete sich aber auf Leistungsbesoldung, so wie sie im neuen Dienstrecht vorgesehen ist.

Uneinheitlich fällt auch das Bild in den einzelnen Statusgruppen aus (Tab. 16): Am stärksten billigen die unmittelbar von der Abschaffung der Habilitation betroffenen Hochschuldozenten die Verfassungsklage (90%), es folgen Wissenschaftliche Angestellte auf unbefristeten Stellen (89%) und Professoren (84%). Weniger vom Sinn der Klage sind Studierende (38%) und Doktoranden (48%) überzeugt.

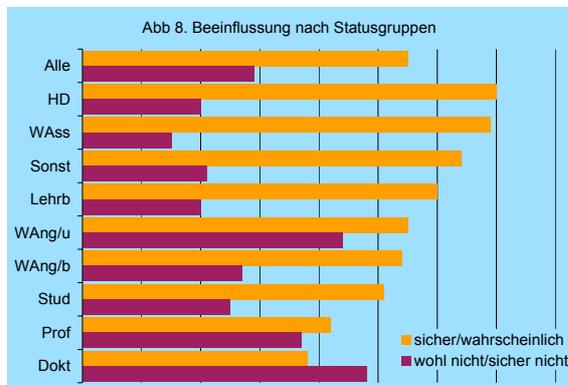
Wenig Zuversicht herrscht vor, fragt man nach den Aussichten der Verfassungsklage. Quer durch alle Parteienhängerschaften werden dem Vorhaben eher geringe Chancen eingeräumt (Tab. 17).

Partei	aussichtsreich	nicht aussichtsreich
SPD	38%	38%
CDU/CSU	33%	28%
GRÜNE	20%	43%
FDP	30%	44%
PDS	8%	33%
Alle	23%	40%

Welch hohe Bedeutung dem neuen Hochschulrahmengesetz samt Dienstrecht in Hochschulkreisen zugemessen wird, unterstreicht die hohe Quote derjenigen Befragten, die angeben, in ihrer Wahlentscheidung durch die Debatte beeinflusst zu werden. Nur 6% mochten definitiv ausschließen, beeinflusst zu werden, 23% wollten „wohl nicht“ ihre Stimmabgabe danach ausrichten, je 15% gaben an, „vielleicht“ oder „wahrscheinlich“ ihre Wahlentscheidung an das HRG zu knüpfen, aber eine relative Mehrheit von 40% ging „sicher“ davon aus, in der Wahlentscheidung durch die Debatte beeinflusst zu werden.

Allerdings verteilen sich die Antworten recht ungleichmäßig über die verschiedenen Statusgruppen (Abb. 8). Je unmittelbarer die Auswirkungen auf die jeweilige Gruppe sind, desto stärker ist sie in ihrem Wahlverhalten beeinflusst. Besonders häufig gaben Hochschuldozenten (70%) und Wissenschaftliche Assistenten (69%) an, „sicher“ oder „wahrscheinlich“ ihr Stimm-

verhalten von der Debatte um das HRG abhängig zu machen. Doktoranden und Professoren, die vergleichsweise weniger direkt betroffen sind, äußern sich deutlich seltener in diesem Sinne (38 bzw. 42%).



Insgesamt etwas geringer ist der Einfluß auf die Wahlentscheidung bei den Frauen als bei den Männern, obwohl die Unterschiede kaum signifikant sind (Tab. 18).

Tab. 18. Beeinflussung nach Geschlecht

	Frauen	Männer
Sicher	38%	42%
Wahrscheinlich	10%	18%
Vielleicht	16%	15%
Wohl nicht	29%	19%
Sicher nicht	6%	6%

Korreliert man die Beeinflussung mit der Wahlentscheidung von 1998, so wird ein weiteres Mal der Zusammenhang zwischen dem HRG und der dramatischen Umschichtung in den Parteipräferenzen deutlich. Nicht nur eine deutliche Mehrheit derjenigen, die 1998 der Union ihre Stimme gegeben hatten, gab an, diesmal von der Debatte „sicher“ oder „wahrscheinlich“ beeinflusst zu werden; dasselbe taten auch 56% der Grün-Wähler und 54% der SPD-Wähler von 1998 (Tab. 19).

Nicht minder instruktiv ist die aktuelle Parteipräferenz, gruppiert nach dem Grad der Beeinflussung (Tab. 20, I-sicher, II-wahrscheinlich, III-vielleicht, IV-wohl nicht, V-sicher nicht): Eine relative Mehrheit der „sicher“ Beeinflussten (37%) erklärt sich bei der „Sonntagsfrage“ für die CDU/CSU, die Grünen erhalten hier nur

25%, die SPD 1%; in allen anderen Gruppen lagen SPD und GRÜNE erheblich über diesen Ergebnissen, die Union deutlich darunter. Aber auch die PDS profitiert offenbar vom Unmut: Sie erreicht unter den „sicher“ und „wahrscheinlich“ Beeinflussten überdurchschnittliche Werte.

Tab. 19. Sicher/wahrscheinlich beeinflusst unter Wählern 1998

SPD	54%
CDU/CSU	71%
GRÜNE	56%
FDP	34%
PDS	33%

Tab. 20. Parteipräferenz nach Grad der Beeinflussung

Partei	I	II	III	IV	V
SPD	1%	8%	21%	23%	9%
CDU	37%	17%	-	6%	18%
GRÜ	25%	38%	61%	49%	55%
FDP	22%	17%	7%	9%	9%
PDS	15%	21%	7%	11%	9%

Der hohe Anteil, den Grüne und SPD unter den „vielleicht“ oder „wohl nicht“ Beeinflussten erhalten, birgt überdies für beide Parteien ein erhebliches Risiko: Hier dürfte sich das Potential derjenigen verbergen, die zwar mit dem HRG grundsätzlich unzufrieden sind, deren Wahlentscheidung aber gegenwärtig (noch) von anderen Themen bestimmt wird.

Hochschulrahmengesetz und neues Dienstrecht machen in den Augen der Betroffenen indes, so viel Bedeutung ihnen zugemessen wird, nur einen Teil der Misere in der deutschen Hochschullandschaft aus. Als alarmierend schlecht wird auch die Ausstattung der Hochschulen empfunden. Auf die Ausstattung der geisteswissenschaftlichen Fächer insgesamt befragt, gaben nur 18% an, sie sei „gut“ oder „sehr gut“, 21% hielten sie für „mäßig“, aber 47% für „schlecht“ oder gar „sehr schlecht“. Ein noch düsterer Eindruck entsteht, wenn man nach den Veränderungen in den letzten vier Jahren fragt (Tab. 21).

Tab. 21. Die Ausstattung der Geisteswissenschaften hat sich in den letzten 4 Jahren...

... verbessert	3%
... verschlechtert	68%
... nicht verändert	21%

Die Ausstattung der eigenen Institute wird mehrheitlich etwas positiver gesehen. Immerhin 25% bescheinigten ihrem Institut eine „gute“ oder „sehr gute“ Ausstattung, 32% hielten sie für „mäßig“, 40% für „schlecht“ oder „sehr schlecht“. Im Ländervergleich erhielten die Institute in Schleswig-Holstein, Sachsen und Bayern noch die besten Noten (Tab. 22).

Tab. 22. Bewertung der Institute mit „gut“ und „sehr gut“ nach Ländern

Schleswig-Holstein	40%
Sachsen	38%
Bayern	37%
Baden-Württemberg	36%
Sachsen-Anhalt	33%
Brandenburg	25%
Niedersachsen	25%
Nordrhein-Westfalen	21%
Hamburg	20%
Rheinland-Pfalz	20%
Berlin	19%
Mecklenburg-Vorpommern	13%
Hessen	10%
Bremen	-
Thüringen	-
Saarland	k. A.

Ähnlich wie bei den Geisteswissenschaften konstatiert bei den eigenen Instituten eine deutliche Mehrheit (66%) eine Verschlechterung der Lage seit 1998, eine kleine Minderheit (3%) sieht eine Verbesserung, und 25% registrieren keine nennenswerte Veränderung.

Die Perspektiven verdüstern zusätzlich die allgemein wie individuell schlecht bewerteten Chancen für Nachwuchswissenschaftler, einen ihrer Qualifikation entspre-

chende Arbeitsplatz zu erhalten. Nur sehr wenige Befragte (4%) meinen, daß Nachwuchswissenschaftler allgemein „gute“ Chancen hätten, 41% schätzen ihre Aussichten „mäßig“, 40% „schlecht“ und immerhin 15% „sehr schlecht“ ein. Noch wesentlich skeptischer fällt die Bewertung der Chancen im jeweils eigenen Fach aus: Hier glauben 74%, die Aussichten seien „schlecht“ oder „sehr schlecht“, nur 7% äußern sich optimistisch. Aufgeschlüsselt nach Fachgruppen ergibt sich folgendes Bild (Tab. 23): In den Geschichtswissenschaften schätzt eine überwältigende Mehrheit (82%) die Chancen im Fach negativ ein, in den übrigen Geisteswissenschaften sind es 75%, in den anderen Fächern indes nur 45%.

Tab. 23. Aussichten nach Fachgruppen (Antworten „sehr schlecht“/„schlecht“)

Geschichtswissenschaft	82%
Andere Geisteswissenschaften	75%
Andere Fächer	45%

Etwas besser bewerten die Befragten allerdings ihre persönlichen Aussichten. Von allen, die sich zum akademischen Nachwuchs rechnen, rechnen sich immerhin 10% „gute“, 2% sogar „sehr gute“ Chancen auf eine Stelle ihrer Wahl aus. Doch sieht die Mehrheit auch die eigene Zukunft in eher düsteren Farben: Mehr als die Hälfte bewertet ihre Aussichten als „schlecht“ (39%) oder „sehr schlecht“ (12%). In Korrelation mit den Statusgruppen ergibt sich ein uneinheitliches, aber durchweg negatives Bild (Tab. 24).

Tab. 24. Persönliche Aussichten nach Statusgruppen (Antworten „sehr schlecht“/„schlecht“)

Sonstige	63%
Doktoranden	60%
Lehrbeauftragte	60%
Wiss. Angestellte (befristet)	52%
Hochschuldozenten	51%
Wiss. Angestellte (unbefristet)	50%
Wiss. Assistenten	45%

Tab. 24. Persönliche Aussichten nach Statusgruppen (Antworten „sehr schlecht“/„schlecht“)

Studierende	33%
-------------	-----

Am pessimistischsten sehen Lehrbeauftragte und Doktoranden (je 60% „schlecht“ oder „sehr schlecht“) sowie die Angehörigen der „Sonstigen“ (63%) in die Zukunft, vergleichsweise zuversichtlich noch Wissenschaftliche Assistenten (45%) und Studierende (33%). Geringfügig pessimistischer als Männer blicken Frauen in ihre berufliche Zukunft (Tab. 25).

Tab. 25. Persönliche Aussichten nach Geschlecht

Aussichten	Frauen	Männer
Sehr gut	-	4%
Gut	12%	8%
Mäßig	35%	35%
Schlecht	38%	40%
Sehr schlecht	15%	12%

Das neue Dienstrecht wird nach Meinung einer breiten Mehrheit der Befragten die persönlichen Chancen massiv beeinflussen. Daß dieser Einfluß ihnen schaden wird, glauben 71% der Nachwuchswissenschaftler, 5% geben an, von den Regelungen zu profitieren und 23% erwarten keine Veränderungen. Über fast alle Statusgruppen verteilt gehen die Befragten von einer Verschlechterung ihrer Berufschancen durch das neue Dienstrecht aus (Tab. 26).

Tab. 26. Veränderung der persönlichen Aussichten nach Statusgruppen (Antwort „verschlechtert“)

Hochschuldozenten	100%
Lehrbeauftragte	100%
Studierende	100%
Wiss. Assistenten	87%
Wiss. Angestellte (befristet)	69%
Sonstige	64%
Doktoranden	53%
Wiss. Angestellte (unbefristet)	25%

5. PISA-Studie und Bildungspolitik

Das für Deutschland verheerende Ergebnis der PISA-Studie hat, wie ähnliche Studien periodisch immer wieder, das Thema Bildung auf die politische Agenda der Bundesrepublik gesetzt. Politik wie Medienöffentlichkeit reagierten mit echter oder gespielter Überraschung, und die Parteien überboten sich gegenseitig mit Lösungsvorschlägen. Wir wollten von den Befragten, soweit sie in der Lehre tätig sind, wissen: Halten Sie die PISA-Studie für glaubwürdig oder nicht – und waren Sie vom Ergebnis persönlich überrascht oder nicht?

Eine deutliche Mehrheit (60%) bescheinigt der Studie Glaubwürdigkeit, 39% halten sie für „teilweise“ glaubwürdig, nur 1% für unglaubwürdig. Lediglich 11% äußerten sich überdies „überrascht“ über das Ergebnis, 87% gaben an, mit ähnlichem gerechnet zu haben.

Über mögliche Auswege aus dem Bildungsnotstand befragt, äußerte eine breite Mehrheit (73%), daß die „finanzielle Ausstattung der Schulen“ verbessert werden müsse. Häufig genannt wurden als Lösungsansätze auch „mehr Eigenverantwortung für Schulen“ (53%) und eine „praxisnähere Lehrerbildung“ (53%). Nur wenig Befragte mochten dagegen auf Rezepte wie „Abschaffung des ‚Sitzenbleibens‘“ (7%) oder „Gesamtschule als Regelschule“ (12%) vertrauen (Tab. 27).

Tab.27. Auswege aus dem Bildungsnotstand

Verbesserung der finanziellen Ausstattung von Schulen	71%
Mehr Eigenverantwortung für Schulen	53%
Praxisnähere Lehrerbildung	53%
Ganztagsschule Regelschule	45%
Selektion, strengere Benotung	41%
Zentralabitur	30%
Abschaffung der Wahlfreiheit bei Abiturfächern	29%
Lehrerbezahlung nach Leistung	25%
Abschaffung der Länderhoheit	14%

Tab.27. Auswege aus dem Bildungsnotstand

Gesamtschule als Regelschule	12%
Abschaffung des „Sitzenbleibens“	7%
Sonstige	24%

Unter der Rubrik „Sonstige“ konnten ohne Vorgabe Lösungsvorschläge angegeben werden. Am häufigsten wurde sinngemäß eine „Verringerung der Klassenstärke“ angemahnt.

Der insgesamt kritischen Bewertung des Bildungssystems zum Trotz möchte eine Mehrheit der Befragten am Abitur als Zugangsvoraussetzung zur Universität festhalten: 46% halten das Abitur nach wie vor „für eine aussagekräftige Qualifikation“, 40% sind vom Gegenteil überzeugt und 14% können oder wollen in dieser Frage kein dezidiertes Urteil abgeben. Allerdings plädiert zugleich eine, diesmal deutlichere, Mehrheit für Aufnahmeprüfungen an Hochschulen und Universitäten: 53% befürworten Aufnahmeprüfungen, 38% lehnen sie ab und 9% äußern keine Meinung. Die Skepsis gegenüber den Bildungsinstitutionen schlägt sich in einer kritischen Bewertung des Allgemeinwissens der Studierenden durch die Lehrenden nieder: Nur 6% bescheinigen ihren Studierenden ein „gutes“ Allgemeinwissen, 66% halten es noch für „mäßig“, aber immerhin 22% für „schlecht“ und 3% für „sehr schlecht“. Kaum besser fällt die Bewertung der nicht näher spezifizierten „kulturellen Kompetenz“ der Deutschen insgesamt aus: 17% halten sie für „gut“, 47% für „mäßig“, 20% für „schlecht“ und 6% für „sehr schlecht“.

6. Fazit

Das Meinungsklima an den deutschen Hochschulen und Universitäten könnte schlechter nicht sein. Die Ursachen sind vielfältig: An allen Ecken und Enden fehlt Geld, die Zukunftsperspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses sind miserabel, der Zustand des Schulsystems beklagenswert, das Umfeld für Lehre und Forschung ungünstig. Das bekommen besonders, aber keineswegs allein, die Geisteswissenschaften zu spüren, die weder „an-

wendungsorientierte“ Forschungsvorhaben vorweisen, noch sich in nennenswertem Umfang über Drittmittel finanzieren können.

Beklagt wird zumal die schlechte Ausstattung der Hochschulen und Institute. 40% der Befragten halten ihre Institute für schlecht ausgestattet, gar 47% meinten, die Geisteswissenschaften verfügten an ihrer Hochschule/Universität generell über eine schlechte Ausstattung. Jeweils überwältigende Mehrheiten geben an, die Situation habe sich in den vergangenen vier Jahren verschlechtert.

Zweite Hypothek sind die trüben Zukunftsaussichten für Nachwuchswissenschaftler. Nur 4% beurteilen die Berufsaussichten für Nachwuchswissenschaftler positiv, auf ihr eigenes Fach bezogen sind es 7%. Kaum optimistischer sehen die meisten ihre eigene berufliche Zukunft: 12% rechnen sich gute oder sehr gute Chancen aus. Unter den Pessimisten sind besonders viele Doktoranden – also Personen, die ihre wissenschaftliche Laufbahn gerade erst begonnen haben. Daß ihre ohnehin schon schlechten Aussichten durch die Dienstrechtsnovelle noch weiter getrübt werden, halten die allermeisten Wissenschaftler ohne Dauerstelle (71%) für eine ausgemachte Sache.

Zusätzlich beurteilt die große Mehrheit der Befragten das Umfeld für Forschung und Lehre überaus kritisch. Sie hält das Schulsystem für erneuerungsbedürftig und vor allem – wie die Universitäten – für unterfinanziert (71%). Zwar sehen 46% im Abitur nach wie vor eine aussagekräftige Qualifikation, doch fordern zugleich 53% Aufnahmeprüfungen an den Hochschulen und Universitäten. 42%, deutlich mehr als von den Deutschen insgesamt (zuletzt 7% nach Erhebungen der Forschungsgruppe Wahlen vom Juni 2002), halten das Thema Bildung für ein besonders dringliches politisches Problem. Und 87% geben an, von den Hiobsbotschaften der PISA-Studie keineswegs überrascht worden zu sein. Für entsprechend mäßig halten Lehrende die Allgemeinbildung ihrer Studierenden und die

kulturelle Kompetenz der Deutschen insgesamt.

Die beklagten Mißstände lasten die Befragten in ihrer Mehrheit eben jener Bundesregierung an, der sie 1998 ins Amt verholten haben. Damals stimmten fast die Hälfte für die Grünen, insgesamt 84% für die rot-grüne Regierung. Kaum mehr als 10% attestieren ihr jetzt eine gute Regierungsarbeit, lediglich 3% bewerten ihre Forschungspolitik positiv. Selbst unter denjenigen, die angeben, bei der Bundestagswahl rot oder grün wählen zu wollen, hat sich Ernüchterung breitgemacht: 71% der Grün-Sympathisanten und 62% der SPD-Anhänger sind mit der Forschungspolitik unzufrieden. Das Wahlversprechen von 1998, den Wissenschaftsetat zu verdoppeln, sehen mehr als zwei Drittel nicht eingelöst.

Den mit Abstand größten Flurschaden löste die Novelle des Hochschulrahmengesetzes aus. Während sich Befürworter und Gegner der Leistungsbesoldung für Professoren noch die Waage halten, lehnen die Befragten die Abschaffung der Habilitation quer durch alle Parteianhängerschaften fast unisono ab. 79% sehen das angestrebte Modell insgesamt in ungünstigem Licht, und kaum weniger (64%) begrüßen die von Bayern und Baden-Württemberg angestrebte Verfassungsklage, die allerdings nur eine Minderheit (23%) für aussichtsreich hält.

Entsprechend ist das HRG für die Hochschulangehörigen ein erstrangiges Politikum, mithin auch ein wesentlicher Faktor an der Wahlurne. 55% der Befragten geben an, wahrscheinlich oder sicher von der HRG-Novelle beeinflusst zu werden, ebenso viele waren es unter den SPD- und Grün-Wählern von 1998. Hochschuldozenten (70%) und Wissenschaftliche Assistenten (69%) als unmittelbar betroffene äußerten sich überproportional häufig in diesem Sinn. Von denen, für die das HRG sicher eine Rolle bei der Wahl spielen wird, äußerten unverhältnismäßig viele eine Präferenz für die CDU/CSU (37%) bzw. FDP (22%). Die überragende Bedeutung des Themas als Motiv, die Parteipräferenz zu

wechsell, steht damit außer Frage. Folgerichtig ist, daß die für die Reform maßgeblich zuständige Bundeministerin, Edelgard Bulmahn, im Politikerranking abgeschlagen einen vorletzten Platz belegt (3% Zustimmung).

Dennoch ist die Ausbeute für die Oppositionsparteien CDU und CSU angesichts des für die Regierung verheerenden Meinungsklimas mehr als bescheiden. Zwar konnte die Union mit 19% ihre Anhängerschaft von 1998 mehr als verdoppeln, sie reicht damit aber nicht einmal annähernd an ihr schon schwaches Bundestagswahlergebnis von vor vier Jahren heran. Die Gründe dafür sind zum einen struktureller Art: Nach wie vor herrscht an deutschen Universitäten eine linke Grundstimmung, und zwar fachübergreifend und unter fast allen Statusgruppen. Doch zum anderen – und das ist womöglich noch wichtiger – schafften es die Unionsparteien bisher nicht, sich forschungs- und wissenschaftspolitisch als glaubwürdige Alternative zur Bundesregierung zu profilieren. Nur ein Viertel der Befragten glaubt, daß es eine unionsgeführte Regierung besser machen würde, ebenso viele (25%) sehen in Stoibers bayerischer Heimat ein forschungspolitisches Modell für die Bundesrepublik. Die Verfassungsklage der Südländer Bayern und Baden-Württemberg verhilft CDU und CSU also nur bedingt zu Kompetenzzuweisung auf diesem Feld.

Angesichts der vermeintlichen oder wirklichen Alternativlosigkeit flüchten viele Enttäuschte zur FDP, zur PDS oder in die Stimmenthaltung. Um 12 Punkte auf jetzt 15% können die Liberalen zulegen, um immerhin 8 Punkte auf 13% die Linkssozialisten. Zulauf erhalten sie, kaum überraschend, von den ehemaligen Wählern der Regierungsparteien SPD und Grüne, von denen 10 bzw. 12% angaben, zur PDS wechseln zu wollen. Immerhin 16% der SPD-Wähler von 1998 gaben an, diesmal FDP wählen zu wollen. Hoch ist auch die Abwanderungsquote ins Lager der Unentschlossenen und Nichtwähler: 11% der SPD-Wähler von 1998 und sogar 14% der

ehemaligen Grünen-Anhänger wählten diese Option.

Das Universitätsmilieu präsentiert sich in der Studie keineswegs einheitlich. Es ist, entlang von Statusgruppen, Fächern, partiell auch Geschlechtern und Regionen, fragmentiert und reflektiert in seiner Heterogenität unterschiedliche politische Orientierungen und Interessenlagen. Zwar besteht noch jener überwiegend links gewirkte Konsens, der mit den 68ern in den Hörsälen Einzug hielt, doch sind seine Fundamente ins Wanken geraten. Verunsichert durch die Verhältnisse an den Hochschulen und insbesondere den subjektiv empfundenen oder real drohenden Chancenverlust im Zuge der HRG-Reform, beginnt die einst treue Gefolgschaft von SPD und Grünen sich politisch neu zu orientieren. Wenn die Union davon bislang kaum nennenswert profitieren konnte, dann deshalb, weil sie es bis jetzt nicht vermochte, hinreichend überzeugende Alternativen anzubieten, um die tiefsitzenden Vorbehalte aufzubrechen. Aber das muß nicht so bleiben...

Dr. Michael Sommer
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Orientalisches Seminar
79100 Freiburg

sommermichael@yahoo.com